



# Die Friedliche Revolution in Aue

Heinz-Günter Kraus

Es ist aus heutiger Sicht kaum vorstellbar, dass in der Kreisstadt Aue am 6. November 1989 etwa 20.000 Menschen dem Aufruf des Neuen Forums folgten, sich in der Friedenskirche Aue zu einem Friedensgebet zu versammeln und anschließend einen Demonstrationzug in Richtung Innenstadt zu bilden. Gemäß dem Vorbild der Nikolaikirche in Leipzig hatte Superintendent Ulrich Gilbert die Auer Demonstranten bereits am 23. Oktober 1989 zu einem Friedensgebet in die Nikolaikirche Aue eingeladen. Daraus entwickelte sich der Brauch, auch in Aue jede Demonstration mit Worten und Liedern der Besinnung zu beginnen.

Auch wenn Aue nicht der Brennpunkt des Wendegeschehens 1989 war, so war dieses Gebiet keineswegs eine nachlaufende Provinz. Gerade im Rückblick auf diese Zeit kann man respektvoll sagen, dass hier die Friedliche Revolution mitgestaltet wurde.

In und um Aue gab es mehr Anlaufpunkte, um seinen Protest loszuwerden als in anderen vergleichbaren Städten. Die sogenannte „Gellertstraße“ war bei den Auer Einwohnern das Synonym für die Staatssicherheit. In unmittelbarer Nähe gab es vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eine weitere Außenstelle: die Abtei-

lung Wismut. Im Auer Stadtzentrum befand sich die SED-Kreisleitung mit der Partei, die die absolute Führungsrolle in der DDR beanspruchte. Unweit vom Rathaus das Polizeikreisamt, in dem die Ausreisen in die BRD genehmigt oder verweigert wurden. Im Rat des Kreises, bei den „Löwen“, saßen die Kontrollorgane für Planerfüllung, die Abteilung Inneres und Gesundheitswesen. Aber auch Jugend-, Arbeits- und Finanzamt. Alles das, was gemäß des „Demokratischen Zentralismus“ gesteuert und überwacht werden musste.

Zu der allgemeinen Unzufriedenheit, wie sie es überall in der DDR gab, über die unzureichende Versorgungslage, die Stasi-Überwachung, Einschränkungen der Reisefreiheit und über den permanenten Widerspruch zwischen Anspruch der SED-Führung und der Lebenswirklichkeit, richtete sich der Groll der Demonstranten gegen weitere Ärgernisse in und um Aue.

Die Luft war an manchen Tagen in Aue unerträglich. Fuhr man vom Brünlasberg in den Auer Talkessel, tauchte man ein in eine dumpfe, graue Nebelmasse. Bei der so genannten Inversionswetterlage, bei der die kalten Luftschichten am Boden bleiben, war auf den Bergen ringsum schönsten Sonnenschein. Im Tal dagegen ver-

Luftverschmutzung in Aue  
Fotos: Walter Wagner



Baumpflanzung auf dem  
Zeller Berg, vor 1989  
Archiv Heinz-Günter Kraus

blieb Nebel. Dieses Wetterphänomen ist nichts Außergewöhnliches. Jedoch durch Autoabgase, den Hausbrand in der Innenstadt und Emissionen der Industriebetriebe im Zentrum bildete sich widerlicher Smog. Öffentliche Gebäude und Betriebe waren angewiesen, Rohbraunkohle für ihre Heizungsanlagen zu verwenden. Die war meist schon bei der Anlieferung nass, lagerte oft unbedeckt im Freien und verursachte bei der Verbrennung fürchterliche Rauchschwaden. Extrem war es, wenn in den Morgenstunden in der Dürerschule mit dem Heizen begonnen wurde, die Busse am benachbarten Postplatz ihre Motoren laufen ließen und die Trabis sich durch die Innenstadt drängten.

Das Wasser der beiden Flüsse, die durch Aue fließen, glich an manchen Stellen Industrieabwässern. Eine außerordentliche hohe Belastung erfuhr die Zwickauer Mulde bereits bei Schöneheide. Obwohl die industriegeprägte Gemeinde vollständig im Trinkwasserschutzgebiet liegt, flossen die Abwässer des Faserplattenwerkes in die Mulde und von dort in die Trinkwasser-Talsperre. Erst durch den Bau eines unterirdischen Abwasserkanals um die Talsperre konnte sich die industrielle Entwicklung in der Gemeinde wieder entfalten.

Eine besonders große Unsicherheit gab es hinsichtlich der Strahlenbelastung in unserem Gebiet. Hauptsächlich der heutige Ortsteil Bad Schlema wurde deutschlandweit als „Tal des Todes“ verleumdet. Die Strahlenbelastung im Erzgebirge ist ursprünglich nicht anders als in anderen europäischen Mittelgebirgen auch. Jedoch durch den Uranbergbau der SDAG Wismut sind Schäden an Natur und Umwelt entstanden, die zu großen Befürchtungen in der Bevölkerung führten. Verstärkt wurden die Ängste noch dadurch, dass alles streng geheim war. Warum war es verboten, die Wismuthalden zu betreten? Strahlen vielleicht die Halden? Was war mit den so

genannten Schlammteichen? Warum wurde der Verkauf von Schotter aus Haldenmaterial auch für private Baumaßnahmen plötzlich eingestellt? Wie schädlich ist es, neben einer Wismuthalde zu wohnen? Wie kommt es, dass so viele Bergleute an Staublunge und Lungenkrebs sterben?

Erst nach 1989 war es möglich, die Risiken differenziert zu betrachten, öffentlich zu diskutieren und Gefahrenpotentiale Stück für Stück abzubauen. Besonders die westliche Presse hat die Gefährlichkeit überzeichnet und damit dem Image der Region sehr geschadet. Einige Aufbauhelfer aus den Altbundesländern haben deshalb sogar ihr Kaffeewasser von zuhause mitgebracht. Es bedurfte großer Anstrengungen, eine Versachlichung der Betrachtungen herzustellen.

Bereits vor den Ereignissen im Herbst 1989 gab es in Aue unterschiedlich geprägte Jugendgruppen, die außerhalb der offiziellen FDJ-Veranstaltungen ihre Freiräume suchten. So gab es in der Oberschule, dem heutigen Gymnasium, eine Gruppe von Schülern, die sich mit anderen Jugendlichen im Clemens-Winkler-Club trafen, Musik, vor allem Jazzmusik, hörten und anschließend offen über die Lage in der DDR und ihre persönliche Situation diskutierten. Da man sich Westliteratur beschaffte und über andere verbotene Literatur wie „Die wunderbaren Jahre“ des DDR-Dissidenten Reiner Kunze diskutierte und zum Teil vervielfältigte, gerieten sie bald in den Fokus der Staatssicherheit. Ab 1977 wurde der Operative Vorgang „Abiturient“ angelegt. Letztendlich waren ihre Ziele genau die, die später vom Neuen Forum formuliert wurden: Demokratisierung, Reisefreiheit, Gelegenheiten in der Gesellschaft zu schaffen, um seine Meinung zu artikulieren. Formen zu finden, die zeigen sollten, dass es nicht nur eine staatstragende Meinung gibt, sondern auch abweichende. Zu den jungen Leuten gehörte auch Jochen Läßig, einer der Mitbegründer des Neuen Forums in Leipzig. 1979 wurden die Diskussionsabende verboten, einige Teilnehmer wurden wegen staatsfeindlicher Hetze und Gruppenbildung verhaftet und 1980 der Jugendclub geschlossen.

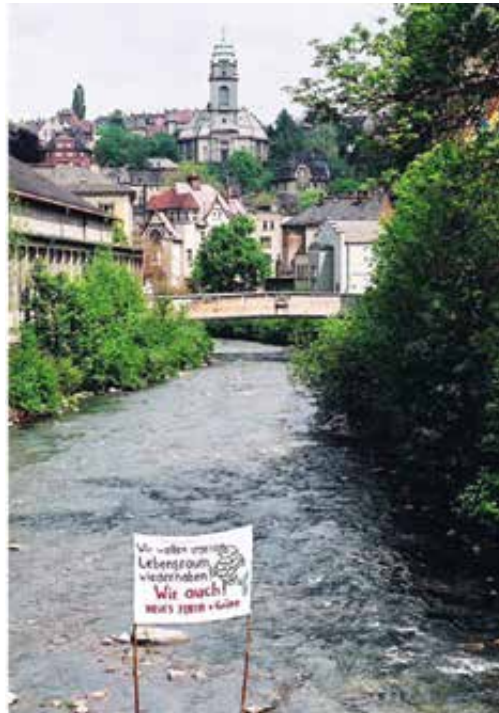
Allerdings ließ sich in Anbetracht dieser Ereignisse und dem Bekanntwerden von Berichten anderer Leute, die mit dem Staat kollidiert waren, die Debattierfreude junger Leute nicht eindämmen. Eine neue Generation von Jugendlichen traf sich Anfang der 1980er Jahre jeden Dienstag zu tiefgehenden Diskussionsrunden in der Gaststätte „Hutzenhaisl“. Es waren die typischen DDR-Verweigerer, lange Haare, Späthippies, junge Leute, die immer quer lagen. Das Nachdenken über die Zukunft der Jugend in der DDR, die politischen Ereignisse und der Drang nach persönlicher Freiheit prägten die Gespräche. Man hegte die Hoffnung, durch Diskussionen Veränderungen anzustoßen, auch wenn die lockere Freundesrunde anfangs keine umstürz-

lerischen Ziele hatte. Im Vordergrund stand insbesondere das Verlangen nach einem freieren Land. Auch diese Gesprächsteilnehmer waren von der Staatssicherheit in die „Szene des politischen Untergrunds“ (PUT) eingeordnet und mit IMs (inoffiziellen Mitarbeitern) unterwandert. Als im Sommer 1989 der Aufruf des Neuen Forums die Runde machte, unterschrieben anlässlich einer Geburtstagsfeier einige Personen dieser Gruppe am 24. September 1989 diesen Appel. Wenig später kamen noch einige Leute hinzu, und am 1. November 1989 wurde das „Neue Forum Basisgruppe Aue“ beim Rat des Kreises Aue angemeldet.

Parallel zu den Treffen im „Hutzenhaisl“ entstand innerhalb der Jungen Gemeinde der Auer Nikolaikirche Mitte der 1980er Jahre eine Gruppe, die sich aus christlicher Verantwortung heraus intensiv mit dem Thema Umwelt beschäftigte. Wegen der extremen Umweltsituation in Aue wollte man zur Verbesserung der ökologischen Situation beitragen. So gab es Waldeinsätze und mit der Stadt Aue abgesprochene Baumpflanzaktionen auf dem Zeller Berg. Aus anderen Gemeinden schlossen sich junge Menschen im Rahmen des Ökumenischen Jugendarbeitskreises (ÖJAK) diesen Ideen an, und es kam, angeregt von der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, zur Bildung der Gruppe ÖKOPAX-Aue. Man besorgte und verteilte unerwünschte und verbotene Schriften, organisierte öffentliche Gesprächsabende und gestaltete eine Ausstellung zum Thema Auto. Ulrich Wieland veröffentlichte in der kirchlichen Umweltbroschüre „Umwelt-Mosaik DDR '89“ einen Bericht über die Smog-situation in Aue. Aus christlicher Verantwortung heraus – anfangs völlig unpolitisch – wollten die ÖKOPAX-Mitglieder etwas zur Verbesserung der ökologischen Situation in Aue unternehmen. Über das, was von staatlicher Seite bewusst verschwiegen wurde, wollte man informieren. Mit ihren Veranstaltungen, die von der Staatssicherheit stets beobachtet wurden, brachten sie zum Ausdruck, dass sie die Kraft dazu hatten, die Wahrheit zu sagen.

Über persönliche Kontakte der unterschiedlichen Gruppen entstanden – ohne dass man es sonderlich intensivierte – Verbindungen und Netzwerke, die bis nach Dresden und Berlin reichten.

In den zahlreichen Auer Industriebetrieben wurde unter Arbeitern und Angestellten viel über die Lage der DDR und den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit diskutiert. Manche SED-Mitglieder waren ebenfalls mit vielen Dingen nicht einverstanden, gerieten aber in die Rolle des Sündenbocks. Das führte dazu, dass viele aus der Partei austraten. In der Woche des Mauerfalls gab es allein im Kreis Aue 50 Personen, die ihr Parteibuch zurückgaben.



Protestplakat in der Mulde,  
Mai 1990  
Foto: Walter Wagner

Das verschärfte sich, als mehr und mehr Untaten und Verbrechen der Staatssicherheit bekannt wurden. So hatte man zum Beispiel erfahren, dass im Altkreis Aue 6.490 Personen registriert waren, die im Spannungsfall in einem Internierungslager (Festhalle Annaberg) isoliert werden sollten. Auch wurde bei den ersten Reisen in die Bundesrepublik über die bisher undurchdringliche Grenze der Unterschied der beiden Gesellschaftssysteme von vielen persönlich erlebbar. Dessen ungeachtet tauchten neue Fragen auf. Wie soll es weitergehen? Soll es einen neuen sozialistischen Weg geben? Wer übernimmt die Führung? Will und kann man Gorbatschows Perestroika umsetzen?

Die Demonstrationen mussten auch nach den Grenzöffnungen weitergeführt werden, um das Erreichte zu festigen und den Druck zur Umgestaltung zu erhalten. Auch ein gefürchteter Geheimdienst wie die Staatssicherheit löst sich nicht wegen ein paar Kundgebungen auf.

Lutz Süß hatte am 4. Dezember 1989 telefonisch von einem Freund erfahren, dass in Karl-Marx-Stadt die Stasi „umzingelt“ werden sollte. Man hatte die Vermutung, dass Unterlagen vernichtet werden. Die Auer wurden ermuntert, diesbezüglich ebenfalls wachsam zu sein. In einer spontanen Aktion begab sich am 5. Dezember 1989 eine Delegation des Neuen Forums zum Dienstgebäude des MfS. Sie informierten Vertreter der LDPD und der NDPD, um gemeinsam eine Vernichtung von Akten zu vereiteln. Frau Prof. Elke Mehnert (LDPD) wurde von der Gruppe beauftragt, bei der Polizei Anzeige zu erstatten und die Staatsanwältin hinzuzurufen. Noch in der Nacht versiegelte sie 64 geschlossene Panzerschränke. Am nächsten Morgen darauf forderte der Volks-



Kerzen vor dem Rat des Kreises,  
November 1989  
Archiv Heinz-Günter Kraus

kammerabgeordnete Bernhard Mögling (NDPD) Akteneinsicht. Er bestand darauf, dass einem Vertreter des höchsten Machtorgans des Landes diese Einsicht zu gewähren sei. Das wurde ihm jedoch verwehrt. Bald wusste man auch, warum. Als man unter Anwesenheit der Staatsanwältin die Panzerschränke öffnete, waren diese leer.

Die friedlichen Demonstranten duldeten es nicht, dass die SED die Kraft der Revolution und den Schwung der Erneuerung nutzte, um ihre Macht wieder zu festigen. Unterschwellig bestand auch die Besorgnis, dass die Grenzen wieder dicht gemacht werden könnten.

Bereits einen Tag nach dem Mauerfall, am 10. November, trafen sich Pfarrer und Kirchenvorsteher der Bezirkssynode Aue zu ihrer Herbsttagung. Sie verfassten eine Erklärung, wie der zukünftige Weg gestaltet werden soll, damit er von der Mehrheit der Bürger mit verantwortet und mitgetragen werden kann. Dieses Papier wurde an alle Parteien, Organisationen und Bewegungen gesendet. Zu den Forderungen gehörten beispielsweise, dass abweichende Meinungen und kritische Stim-

men nicht mehr von vorn herein als staatsfeindlich diskriminiert werden und dass die marxistisch-leninistische Weltanschauung den Kindern nicht länger aufgezwungen wird. Am darauffolgenden Montag erschien in der „Freien Presse“ ein Aufruf des Neuen Forums. Die „jetzt noch Ausreise- bzw. Fluchtwilligen“ wurden aufgefordert zu bleiben, weil die sich überstürzenden politischen Ereignisse von einer „wirklichen demokratischen Umwandlung“ zeugten.

Wie in vielen anderen Städten wurden auch in Aue am Runden Tisch Probleme besprochen, die den Bewohnern auf den Nägeln brannten: Maßnahmen zur Minderung der Umweltbelastung, Verwendung der Dienstgebäude des MfS, Privilegien der SDAG Wismut im Gesundheits- und Verkehrswegen und einiges mehr. Frau Dr. Brigitte Güttler äußerte den Gedanken einer Städtepartnerschaft, den die Teilnehmer wohlwollend diskutierten. Aufgrund der über ein Jahrhundert bestehenden Besteckfabriktradition in Aue erhoffte man sich eine Partnerschaft mit der Klingenstadt Solingen. Am 27. Dezember 1989 antwortete der Solinger Oberbürgermeister Gerd Kaimer auf den Brief einer Ärztin des Auer Krankenhauses und sagte, dass man den Brief mehrfach im Stadtparlament verlesen habe und sie sehr betroffen wären, aber auch hoch erfreut, dass eine Botschaft aus Aue komme. Sie wollten alles, was möglich ist, tun. Am 11. Januar 1990 fuhr eine kleine Delegation in die zukünftige Partnerstadt. Die Vertreter aus Aue wurden äußerst herzlich von Oberbürgermeister Kaimer und einigen weiteren Prominenten der Stadt empfangen. Auf dem Heimweg hatten sie bereits die erste praktische Hilfe im Kofferraum: Zwei Kopierer und 50.000 (!) Skalpelle. Von denen gab es im Auer Krankenhaus zu dieser Zeit lediglich noch 15 Stück. Da in allen Einrichtungen Mangel herrschte, verteilte der Ärztliche Direktor diese wertvolle Spende auch an andere Krankenhäuser des damaligen Bezirkes Karl-Marx-Stadt. Am 26. April 1990 wurde der entsprechende Partnerschaftsvertrag unterzeichnet, und in der



Formierung zu einer  
Demonstration, November 1990  
Foto: Walter Wagner

Nacht zum 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, von Oberbürgermeister Gerd Kaimer und Bürgermeister Emanuel Klan im Stadtpark Aue eine Linde zur Erinnerung an diesen denkwürdigen Tag gepflanzt.

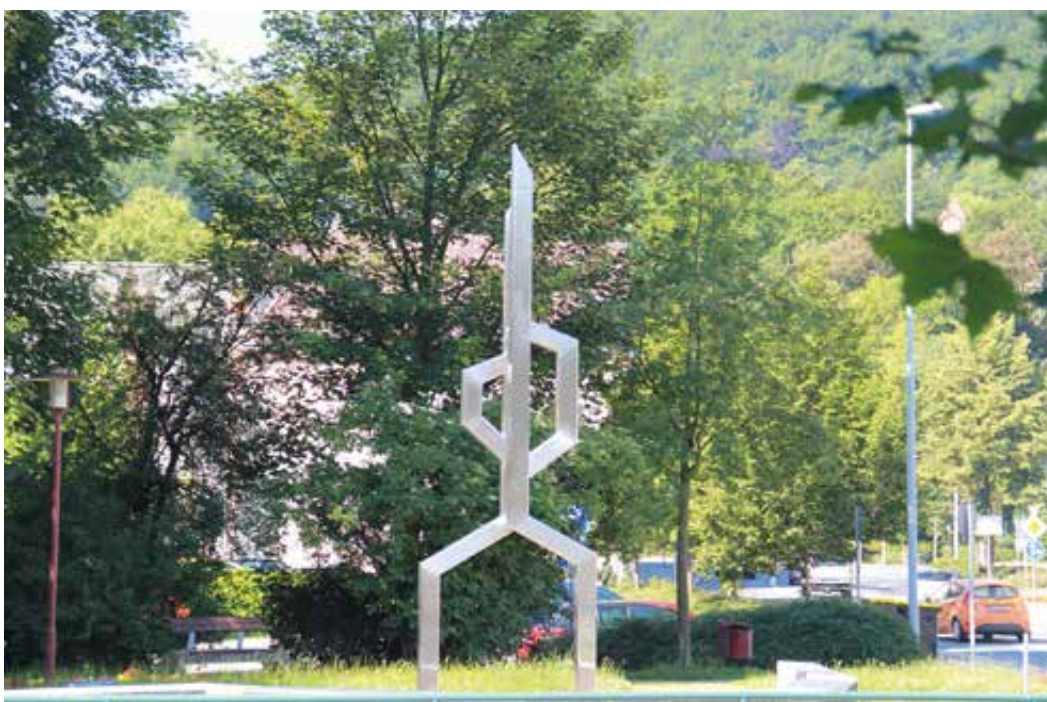
Bereits im Dezember 1989 wurde bei den Demonstrationen in Aue beobachtet, dass die Plakate zur Forderung nach bloßen Reformen auf nahezu Null zurückgingen. Der Gedanke einer schnellen deutschen Einheit gewann mehr und mehr Raum. Im Wahlkampf vor der ersten demokratischen Wahl am 18. März 1990 kam das in den Programmen der Parteien der „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU, Demokratischer Aufbruch) zum Ausdruck. Bei dieser Wahl wurde jedem Wähler bewusst, wie entscheidend seine Stimme war. So war es nicht verwunderlich, dass die Wahlbeteiligung in Aue bei 93,98 Prozent lag. Die „Allianz für Deutschland“ erhielt 47 Prozent der Wählerstimmen. Das entsprach in etwa dem DDR-Durchschnitt.

Der Weg hin zu einem vereinten Deutschland wurde zwar bis zum Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 zügig beschritten, doch brachte dieser Prozess dramatische Veränderungen in bisher unbekanntem Umfang mit sich. Das betraf die zahlreichen Volkseigenen Betriebe, die plötzlich dem internationalen Wettbewerb ausgeliefert waren, und reichte bis in den persönlichen Bereich nahezu aller Beschäftigten. Wie überall in der DDR genoss man die neue Freiheit, vor allem die Reisefreiheit, musste aber auch lernen, sich in der neuen Gesellschaft zu orientieren und auf unterschiedliche Weise die neue Gesellschaft mitzugestalten.



Seit 2011 erinnert in Aue ein Denkmal an die Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Gestaltet nach einem Entwurf des Auer Stadtarchitekten Dr. Wolfgang Unger, besteht es aus zwei kantig gebogenen, insgesamt 4,7 Meter hohen Edelstahlprofilen, die einzeln je eine sitzende Person symbolisieren. Schaut man aus einer bestimmten Richtung, bilden beide Profile eine zusammengewachsene Figur. Die niedrige Umfassungsmauer trägt die Inschrift „20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit“. Das Denkmal soll auch die bis heute bestehende Partnerschaft zwischen Aue und Solingen symbolisieren.

Im Jahr 1998 erhielt die „Linde der Einheit“ noch einen Gedenkstein. Dieser wurde von Aues Bürgermeister Emanuel Klan (ganz rechts), Auer Stadträten und Friedrich Mögling (ganz links) eingeweiht. Die „Linde der Einheit“ war am Abend des 3. Oktobers 1990 im Stadtpark von den damaligen Bürgermeistern Emanuel Klan (Aue) und Gerd Kaimer (Solling) gepflanzt worden. Foto: Archiv Stadtverwaltung Aue-Bad Schlema



Auer Einheitsdenkmal  
Archiv Stadtverwaltung  
Aue-Bad Schlema

**Autor**  
Heinz-Günter Kraus